

## Pakistan vor dem Rubikon?

**Pakistan steht im Jahr 2011 vor erheblichen Herausforderungen. Die Wirtschaft des südasiatischen Atomstaats wird durch das Energiedefizit und den Krieg gegen den internationalen Terrorismus erheblich geschwächt, die Regierung kämpft mit einer zunehmenden politischen Instabilität und die Jahrhundertflut des vergangenen Jahres brachte das Land und seine Bevölkerung an den Rand der Belastbarkeit.**

Pakistan scheint vor einer Zeitenwende bzw. sprichwörtlich „vor dem Rubikon“ zu stehen.<sup>1</sup> In der vorliegenden Studie soll nicht nur der gegenwärtige Status quo Pakistans erörtert werden. Vielmehr wird auch überprüft, ob tatsächlich unumkehrbare gesellschaftliche Prozesse stattgefunden haben. Die Analyse wird durch Meinungstrends der pakistanischen Gesellschaft unterstützt, die durch eine Umfrage unter 750 Personen am 29. und 30. März 2011 generiert wurden.

### Der Fall Raymond Davis - Wachsender Anti-Amerikanismus?

Die amerikanisch-pakistanischen Beziehungen werden von einer gewissen Hass-Liebe geprägt. In den 1980er Jahren war das Verhältnis sehr intensiv, als es im Nachbarland Afghanistan galt, gemeinsam die Sowjetunion durch die Mudjaheddin-Milizen in einen aussichtslosen Guerillakampf zu verwickeln. Erhebliche amerikanische Ressourcen flossen nach Pakistan, um von dort die afghanischen Gotteskrieger in ihrem Dschihad gegen

die Sowjetarmee zu unterstützen. Zahlreiche hohe pakistanische Offiziere erhielten zudem ihre Generalsstabsausbildung in den USA. Diese sehr enge institutionelle Verzahnung endete 1989 abrupt mit dem Rückzug der Sowjetunion aus Afghanistan, womit das Interesse der USA an der Region nachließ. Pakistan erfuhr zwar nach dem 11.09.2001 erneut eine strategische Aufwertung, die bilateralen Beziehungen zu Washington waren aber schon nachhaltig beschädigt und von Misstrauen gekennzeichnet. Zwar versprach der damalige pakistanische Präsident Pervez Musharraf den USA die bedingungslose Unterstützung beim Kampf gegen den Terrorismus und bekräftigte, dass er die Unterstützung der Taliban durch Pakistan sofort beenden würde. In seinen Memoiren beschreibt er allerdings detailliert den vom damaligen US-Außenminister Colin Powell erhaltenen Telefonanruf, der ihn offen vor die Wahl gestellt haben soll: „You are either with us or against us.“<sup>2</sup> Ebenso erwähnt Musharraf auch die Äußerung von Richard Armitage, Powells Stellvertreter, der am folgenden Tag dem zufällig in Washington anwesenden Generaldirektor des pakistanischen Geheimdienstes Inter Services Intelligence (ISI) gedroht haben soll, Pakistan in die Steinzeit zurückzubomben, wenn man weiterhin die Terroristen unterstützen würde.<sup>3</sup> Möglicher Anlass für die Drohung war der Sachverhalt, dass Pakistan neben den Vereinigten Arabischen Emiraten und dem Königreich Saudi-Arabien als einziger direkter Nachbarstaat diplomatische Beziehungen zum Islamischen Emirat Afghanistan der Taliban unterhielt. Durch den Militäreinsatz

<sup>1</sup> Die Redewendung „den Rubikon überschreiten“ geht auf Gaius Julius Caesar zurück, der mit seinem Heer im Jahr 49 v. Chr. entgegen der Aufforderung des Senats den kleinen italienischen Grenzfluss in Richtung Rom überquerte und damit einen Bürgerkrieg auslöste. Seitdem bezeichnet man mit der Metapher einen Schritt, den man nicht zurücknehmen oder umkehren kann.

<sup>2</sup> Pervez Musharraf: In the Line of Fire – A Memoir (New York: Free Press, 2006), S. 201.

<sup>3</sup> Vgl. Ebd., S. 201.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PAKISTAN**

DR. BABAK KHALATBARI

**April 2011**

[www.kas.de/pakistan](http://www.kas.de/pakistan)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

in Afghanistan, die stark zunehmenden US-Drohnenangriffe auf pakistanischem Territorium als auch provokative Handlungen wie die angekündigte Koranverbrennung von religiösen Radikalen wie Terry Jones verschlechterten sich die amerikanisch-pakistanischen Beziehungen zusehends. Der Fall Raymond Davis brachte das ohnehin angespannte Verhältnis auf einen Tiefpunkt. Der damalige pakistanische Außenminister Shah Mahmood Qureshi vertrat die Ansicht, dass der amerikanische Staatsbürger, der am 27.01.2011 in Lahore zwei pakistanische Staatsbürger erschossen hatte, von denen er sich bedroht sah, wegen Mordes in Pakistan verurteilt werden müsse. Die USA beharrten auf der diplomatischen Immunität von Davis, der als Botschaftsmitarbeiter deklariert wurde. Nach dem Rücktritt des pakistanischen Außenministers sowie zahlreichen hochrangigen Besuchen von US-Politikern wie John Kerry wurde Raymond Davis schließlich am 16.03.2011 gegen Zahlung eines „Blutgelds“<sup>4</sup> freigelassen und in die USA ausgeflogen.

Zwar konnten die politischen Spannungen zwischen Islamabad und Washington, die nach der Verhaftung Raymond Davis zusehends zugenommen hatten, durch die Freilassung reduziert werden – geblieben ist aber ein in der pakistanischen Bevölkerung immer stärker erkennbarer Anti-Amerikanismus. Dieser Trend ist in seiner Qualität und Quantität neu. Die weit über der Norm liegenden Entschädigungszahlungen von über 600.000 Euro pro Opfer ließen Verschwörungstheorien sprießen. Diese wurden dadurch befeuert, dass der die Familien der Opfer vertretende Anwalt Raja Irshad von einem erheblichen Druck berichtete, der auf die Kläger ausgeübt worden sei, das Blutgeld zu akzeptieren. Aus diesen Gründen kann der Vorgang soziopolitisch als Wendepunkt im bilateralen Verhältnis betrachtet werden, da sich in weiten Teilen der pakistanischen Gesellschaft zunehmend ein Anti-Amerikanismus entwickelt, der im-

mer offener zu Tage tritt. So ist es auch nicht verwunderlich, dass bei der KAS-Umfrage nur 38 Prozent der befragten Personen der Meinung waren, dass es angebracht war, Raymond Davis gegen die Zahlung einer Entschädigung freizulassen. Demgegenüber erachteten 62 Prozent der Befragten diese Entscheidung für nicht korrekt. Der Fall Raymond Davis hat zu einer verstärkten anti-amerikanischen Stimmung in der pakistanischen Bevölkerung beigetragen. Dieses hat in Washington für weitere Verstimmung gesorgt, da die USA gegenüber Pakistan seit Amtsantritt der Obama-Administration mit erheblichen finanziellen Mitteln eine zivil-militärische „Umarmungsstrategie“ betreiben; im Jahr 2010 belief sich die finanzielle Unterstützung auf über vier Milliarden US-Dollar. Dieser erhebliche Mittelaufwand konnte bislang keine Sympathien für die USA generieren. Das gegenwärtige bilaterale Verhältnis muss daher als volatil beschrieben werden und zeichnet sich durch eine polarisierende Ambivalenz aus, bei der das pakistanische Establishment den USA wohlgesinnt gegenübersteht, weite Teile der Mittel- und Unterschicht – und somit die Majorität der Bevölkerung – diese Haltung aber nicht teilen. Dieser Sachverhalt stellt die pakistanische Regierung vor ein Dilemma.

### **Furcht vor sozialen Unruhen?**

Pakistan sieht sich gegenwärtig mit zahlreichen sozioökonomischen Herausforderungen konfrontiert. Zwischen Februar 2010 und Februar 2011 hat bei zumeist gleichbleibenden Löhnen ein erheblicher Preisanstieg stattgefunden. Die Bevölkerung ist besonders von den besorgniserregend hohen Nahrungsmittelpreisen betroffen. So kosten beispielsweise frische Nahrungsmittel (Fleisch, Molkereiprodukte, Gemüse, Obst, Eier) fast 30 Prozent mehr im Vergleich zum Vorjahr. Zudem schlagen gestiegene Preise bei der Gesundheitsversorgung (16,5%), im Transportsektor (12%), bei Brennstoffen (9%) und bei der Wohnungsmiete (6,5%) zu Buche.<sup>5</sup> Ferner müssen Unternehmer im ver-

<sup>4</sup> Nach islamischem Recht (Sharia) kann ein Mord auch mit einer Geldstrafe gesühnt werden, indem von der Familie des Täters an die Familie des Opfers ein so genanntes Blutgeld (Diyya) gezahlt wird.

<sup>5</sup> Vgl. Government of Pakistan, Statistics Division, Federal Bureau of Statistics: „Monthly Review on Price Indices“, February 2011.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PAKISTAN

DR. BABAK KHALATBARI

April 2011

[www.kas.de/pakistan](http://www.kas.de/pakistan)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

arbeitenden Sektor für den Ankauf von Rohmaterialien bis zu 73 Prozent mehr als im Vorjahr aufwenden. Dies führt zu einer Verteuerung der Wertschöpfungskette, so dass sukzessive die Endverbraucherpreise steigen werden. Das Welternährungsprogramm (WFP) wies vor kurzem darauf hin, dass sich der Preis für Weizen, aus dem das Hauptnahrungsmittel Fladenbrot gewonnen wird, in den letzten drei Jahren verdoppelt habe und dass in manchen Regionen Pakistans, wie beispielsweise im südlichen Sindh, bereits bei 23 Prozent der Bevölkerung von einer Unterernährung ausgegangen werden muss.<sup>6</sup> Aus den Daten kann man ableiten, dass sich die Lebenshaltungskosten für den „einfachen Mann“ in Pakistan im Jahr 2010 um 17 Prozent und in den vergangenen drei Jahren insgesamt um 50 Prozent erhöht haben. Von dem generellen Preisanstieg, der sämtliche Produkte erfasst, sind speziell die armen Bevölkerungsschichten betroffen, die auf keine Ersparnisse zurückgreifen können.

Extremsituationen wie diese können zu Unmut und Unruhen in der Bevölkerung führen, weiß die Analystin Simbal Khan vom Institut für Strategische Studien in Islamabad (ISSI). Sie rechnet „mit weiteren Preiserhöhungen und zunehmender Energieknappheit; Entwicklungen, die im Land zu Unruhen führen können.“<sup>7</sup> Mit ihrer Einschätzung steht Simbal Khan nicht alleine. Auch der Parlamentsabgeordnete Masood Abbas stellt fest, dass für „Menschen, die hungrig sind und keinerlei Hilfe erhalten, Gesetze nicht mehr viel zählen.“<sup>8</sup> Die KAS-Trendumfrage bestätigt diese Einschätzungen: Insgesamt 73,2 Prozent der befragten Personen gaben an, dass sie befürchten, dass die derzeitige wirtschaftliche Lage zu sozialen Unruhen führen könnte. Lediglich 26,8 Prozent verneinten dies. Bei diesem Problemkomplex darf nicht vergessen werden, dass der Preisanstieg und die Not der Bevölkerung durch die Jahrhundertflut des vergangenen Jahres verstärkt wurden. Insgesamt waren 20 Millionen Menschen in

verschiedener Intensität unmittelbar von der Flut betroffen. Rund 40 Prozent der Wohnhäuser der Betroffenen sind durch die Katastrophe zerstört worden, viele der Flutopfer wohnen auch heute noch in improvisierten Unterkünften. Zudem haben ca. 70 Prozent der Bauern durch die Flut die Hälfte ihrer Erträge eingebüßt. Wesentlich nachhaltiger wird sich jedoch der hohe Verlust an Viehbestand (40%) auswirken, da hierdurch viele Haushalte dauerhaft in ihrem Lebensstandard eingeschränkt sein werden. Aufgrund der hohen Preise ist in den von der Flut betroffenen Gebieten inzwischen 70 Prozent der Bevölkerung gezwungen, Kredite aufzunehmen, um Nahrungsmittel zu kaufen.<sup>9</sup>

### Gibt es eine religiöse Radikalisierung?

In den vergangenen Monaten mehrten sich die Artikel in westlichen Medien, die über den zunehmenden Einfluss radikaler Islamisten berichteten und Szenarien über das Abdriften des Atomstaats in die Anarchie kolportierten. Die westliche Berichterstattung sollte sich nicht zu einem Wettrennen der sich übertreffenden Metaphern hinreißen lassen, das dem Bedürfnis, einfache Erklärungen zu liefern, geschuldet ist. Sicherlich gibt es in Pakistan Entwicklungen, die eine religiöse Radikalisierung der Gesellschaft indirekt oder direkt unterstützen. Die zahlreichen wahabistisch geprägten Madaris (Koranschulen), von denen es Schätzungen zufolge bis zu 20.000 geben soll, stellen sicherlich ein enormes langfristiges Problem dar. Schon jetzt sind erste Einflüsse auf das Religionsbild der pakistanischen Gesellschaft erkennbar: Der vormals liberale Islam Südsasiens wird zunehmend von konservativem Gedankengut verdrängt. Die veränderte Perception von Recht und Unrecht scheint sich am Beispiel der Ermordung des als liberal und säkular geltenden Gouverneurs des Punjab, Salman Taseer, aussagekräftig niederzuschlagen. Taseer wurde am 04.01.2011 in Islamabad von einem seiner Leibwächter erschossen, nachdem er sich

<sup>6</sup> Pak Govt has pushed Food Prices too high: UN, in: The News, Islamabad, 24.03.2011, S. 1, 8.

<sup>7</sup> KAS-Interview am 29.03.2011.

<sup>8</sup> KAS-Interview am 29.03.2011.

<sup>9</sup> Vgl. WFP: Pakistan Flood Impact Assessment, September 2010 sowie UN sounds Alarm on Food Prices, in: The Express Tribune, Islamabad, 24.03.2011, S. 1, 9.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## PAKISTAN

DR. BABAK KHALATBARI

April 2011

[www.kas.de/pakistan](http://www.kas.de/pakistan)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

für die inhaftierte Christin Asia Bibi, die wegen blasphemischer Äußerungen zum Tode verurteilt wurde, eingesetzt hatte. Nach dem Mord stellte Pakistans Innenminister Rehman Malik öffentlich fest, dass auch er eigenhändig jeden Gotteslästerer niederschließen würde. Insofern verwundert es nicht, dass bei der KAS-Umfrage 41,3 Prozent der Befragten der Meinung waren, dass Mumtaz Malik Qadri, der Täter, der den Gouverneur erschoss, aus dem Gefängnis freigelassen werden sollte. Immerhin beurteilen 58,7 Prozent dies anders und sprachen sich für eine Verurteilung Qadris aus. Trotz dieses augenscheinlichen Radikalisierungstrends wäre es übertrieben zu mutmaßen, dass Pakistan vor einer politischen Machtübernahme durch religiöse Fundamentalisten wie beispielsweise die pakistanischen Taliban oder islamistische Parteien steht. Gegenwärtig verfügt die Jamiat Ulema-e-Islam des Maulana Fazlur Rehman (JUI-F) über nur acht von 342 Mandaten in der Nationalversammlung. Die im Jahr 2008 erfolgten Parlamentswahlen wurden von der Jamiat-e-Islami (JI) boykottiert, die Partei ist daher nicht im Parlament vertreten. Sicherlich wäre es naiv davon auszugehen, dass die islamistischen Parteien nur eine marginale Rolle im Parlament ausüben. Vielmehr stellt die JUI-F oftmals das Zünglein an der Waage dar. Doch sind die acht Mandatsträger von einer Machtübernahme weit entfernt. Auch darf bezweifelt werden, ob die Islamisten bei zukünftigen Wahlen einen Erdrutschsieg für sich verbuchen können, der sie an die verfassungsrechtliche Macht bringen würde. Ein Bündnis mehrerer islamistischer Parteien (JI, JUI-F), das in der Provinz Khyber-Pakhtunkhwa regiert hat, wurde bei den Wahlen 2008 deutlich abgewählt, und die säkulare Awami National Party (ANP) ging als klarer Sieger hervor.

Die Faustformel, dass sich der Demokrat friedlich für die Freiheit und soziale Gerechtigkeit einsetzt, der Islamist hingegen gewaltbereit für Gott und das Paradies kämpft und somit aufgrund der „Wahl der Waffen“ im Vorteil ist, scheint in Pakistan trotz der jüngsten tragischen Vorkommnisse nur bedingt zutreffen. Auch eine gewaltsame Machtübernahme durch die Taliban ist nur mit viel Phantasie vorstellbar, da das pakis-

tanische Militär seit 2009 mit erheblichen Mitteln gegen die Radikalisten vorgeht und es auch vermochte, sie nachhaltig zu schwächen. Auch erscheint ein Szenario, in dem islamistische Offiziere einen Coup d'Etat durchführen, um islamistischen Parteien die zivile Macht zu übertragen, als nicht sonderlich realistisch.

### Blasphemiegesetz unantastbar?

Der aufgeladene Diskurs um die am 08.11.2010 wegen Gotteslästerung zum Tode verurteilte Christin Asia Bibi, der nationale Streit um die Reformierung oder Abschaffung des Blasphemiegesetzes sowie die anschließende Ermordung Salman Taseers und des katholischen Minderheitenministers Shahbaz Bhatti am 02.03.2011 sowie die damit verbundenen politischen Entwicklungen stimmen jedoch nachdenklich. Die Mehrheit der pakistanischen Politiker wird sich aus Furcht nicht mehr öffentlich zu diesem Thema äußern. Die generelle Kritik des Westens sowie die Stellungnahme von Papst Benedikt XVI. zum pakistanischen Blasphemiegesetz wurden von den Islamisten als offene Einladung zum Zusammenprall der Kulturen bezeichnet. Lokale Politiker, die sich für die Abschaffung des Blasphemiegesetzes einsetzen, leben gefährlich. Minister Bhatti, der sich für eine Änderung des umstrittenen Gesetzes aussprach und vor dem Haus seiner Mutter von einem Terrorkommando erschossen wurde, bezahlte für seine Worte und Taten mit dem Leben. Umso überraschender ist das Ergebnis der KAS-Umfrage, bei der sich diesbezüglich ein ambivalentes Bild ergab: Nur rund 42 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Minderheitenminister Bhatti aufgrund seiner Ansichten zum Blasphemiegesetz ermordet wurde. Demgegenüber gehen 58 Prozent von anderen Gründen aus oder sehen keinen direkten Zusammenhang.

### Sind Drohnenangriffe akzeptabel?

In ihrem Kampf gegen die Taliban wird die pakistanische Armee von den USA massiv unterstützt, indem der Geheimdienst CIA verstärkt Angriffe mit ferngesteuerten, unbemannten Drohnen gegen angebliche Verstecke der Taliban und al-Qaida fliegt. Unter

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PAKISTAN**

DR. BABAK KHALATBARI

April 2011

[www.kas.de/pakistan](http://www.kas.de/pakistan)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

anderem wurde der Anführer der Tehrik-e-Taliban Pakistan, Baitullah Mehsud, im August 2009 durch einen Drohnenangriff getötet. Der Einsatz von US-Drohnen in Pakistan stellt eine gesellschaftliche Gretchenfrage dar. Inoffiziell scheint die Erfolgsformel „Pakistani Intelligence on the ground + US drone strikes“ nicht mehr in Frage zu stehen. Laut den geheimen Kabelreporten US-amerikanischer Botschaften, die WikiLeaks im Dezember 2010 veröffentlichte, soll der pakistanische Premierminister Yousaf Raza Gilani bereits im August 2008 gegenüber US-Offiziellen verlautbart haben: „I don't care if they do it as long as they get the right people. We'll protest in the National Assembly and then ignore it.“<sup>10</sup>

Mirza Shahzad Akbar, ein Anwalt, der die Familien von Drohnenopfern aus den Federally Administered Tribal Areas (FATA) vertritt, kritisiert dieses Vorgehen und findet klare Worte: „Die Drohnenangriffe in Pakistan verstoßen gegen grundlegende Prinzipien wie das Recht auf einen ordentlichen Prozess und die Rechtsstaatlichkeit; es gibt keine Möglichkeit, aus der Luft festzustellen, ob jemand Militanter ist oder Zivilist, ohne einen glaubhaften Beweis zu haben. Darüber hinaus verletzen Drohnenangriffe die bestehenden Normen des Völkerrechts.“<sup>11</sup> Einen ähnlichen Standpunkt nahmen die Befragten bei der KAS-Umfrage ein: Lediglich neun Prozent bejahten die Frage, ob Drohnenangriffe akzeptabel seien. 91 Prozent empfinden die Drohnenangriffe als nicht akzeptabel. Sowohl die Frage nach der nationalen Souveränität als auch der Sachverhalt der Tötung ohne Rechtsgrundlage sind wesentliche Faktoren, die zu einer aufgeladenen Stimmung gegen die USA führen.

**Fazit**

Die Lage im krisengeschüttelten Pakistan, in dem rund 190 Millionen Menschen leben, muss als ernst, aber nicht hoffnungslos beschrieben werden. Gegenwärtig können

zwar vorzeitige Wahlen nicht ausgeschlossen werden, doch ist es realistischer, dass die amtierende Regierung versucht, sich über die Zeit zu retten, und deshalb dringend notwendige Reformprojekte nicht mit ausreichender Intensität angeht. Resultat dieser Aussitztaktik wäre eine Verschärfung der Wirtschaftskrise. Darüber hinaus lässt die Regierung durch ihre schlechte Regierungsführung das Vertrauen der pakistanischen Bevölkerung in die Demokratie weiter erodieren.

Sollte die Demokratie in Pakistan erneut scheitern, stellt allerdings eine Militärregierung auch keine wirkliche Alternative dar. Der Militärapparat befindet sich im Kampf mit der Insurgenz und ist sich bewusst, dass er nur bedingt zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes beitragen kann. Zudem weiß das Militär um die Unpopularität der notwendigen Reformen. Trotz dieser Rahmenbedingungen kann nicht vollständig ausgeschlossen werden, dass das Militär nicht interveniert, sollten sich beispielsweise anarchische Zustände beginnen auszubreiten, wie es 2009 im Swat-Tal und Süd-Waziristan der Fall war.

Damit Pakistan nicht den Rubikon überschreitet und einen Punkt erreicht, an dem es kein Zurück mehr gibt, ist es wichtig, dass das Land in der schwierigen politischen und wirtschaftlichen Lage auch weiterhin vom Westen Finanzmittel, Handelskonzessionen sowie Unterstützung für die Insurgenzbekämpfung erhält. Die pakistanische Elite muss sich aber auch stärker bewusst werden, dass das Land langfristig nur durch dringend notwendige Reformen zu retten ist. Die Neustrukturierung der Steuer- und Energiepolitik werden hierbei die Speerspitze darstellen.

Pakistan steht gegenwärtig vor dem Rubikon: Noch haben sich keine unumkehrbaren gesellschaftlichen Prozesse vollzogen. Sollten jedoch in naher Zukunft die dringend benötigten Reformschritte nicht eingeleitet werden, könnte Caesars berühmtes Zitat „alea iacta est“ (die Würfel sind gefallen) zutreffen, und Pakistan würde den Rubikon hinter sich lassen.

<sup>10</sup> WikiLeaks: Gilani open to drone strikes on 'right people', in: The Express Tribune, 01.12.2010 (<http://tribune.com.pk/story/84402/wikileaks-gilani-open-to-drone-strikes-on-right-people/>).

<sup>11</sup> Interview am 29.03.2011.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PAKISTAN

DR. BABAK KHALATBARI

April 2011

[www.kas.de/pakistan](http://www.kas.de/pakistan)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

**Frage 1: War es angemessen, Raymond Davis aufgrund von Diyya (Blutgeld) freizulassen?**

	JA	NEIN
Stimmenanzahl	285	465
Stimmenanteil in %	38,00%	62,00%

**Frage 2: Befürchten Sie, dass die gegenwärtige wirtschaftliche Lage zu sozialen Unruhen führen wird?**

	JA	NEIN
Stimmenanzahl	549	201
Stimmenanteil in %	73,20%	26,80%

**Frage 3: Sollte Mumtaz Malik Qadri, die Person, die Gouverneur Salman Taseer erschossen hat, freigelassen werden?**

	JA	NEIN
Stimmenanzahl	310	440
Stimmenanteil in %	41,33%	58,67%

**Frage 4: Wurde der Minister für Minderheiten Shahbaz Bhatti wegen seiner Ansichten über das Blasphemiegesetz ermordet?**

	JA	NEIN
Stimmenanzahl	318	432
Stimmenanteil in %	42,40%	57,60%

**Frage 5: Finden Sie als pakistanischer Staatsbürger die US-Drohnenangriffe akzeptabel?**

	JA	NEIN
Stimmenanzahl	69	681
Stimmenanteil in %	9,20%	90,80%